

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkova nám. 32. Telefon #7

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Sozialdemokrat, Prag II., Havliczkova nám. 32. Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . KZ 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Freitag, 9. März 1923.

Nr. 56.

## Politische Komödianten.

Journalistische Lumpereien.

Wieder einmal haben die Kommunisten den Gipfelpunkt von Gemeinheit erklommen. Mit ihren großmäuligen Phrasen sind sie wieder einmal in eine finstere Sackgasse geraten. Da sie nun nicht weiterkönnen, der Gegensatz zwischen ihren verlogenen Revolutionsansagen und ihrer Ohnmacht, die sich mit tschechisch-nationalem Opportunismus paart, kraß in Erscheinung tritt, beginnen sie, wie von Sinnen, zu lügen.

Wir sind sonst keine Freunde starker Worte, mit festen Nerven und harter Haut gegen alle Gegner gerüstet, aber auf die Häufung journalistischer Niedertracht, die in den letzten zwei Nummern des „Vorwärts“ anzutreffen ist, muß eine kräftige Antwort erfolgen. Unsere Darstellung der Tatsachen wird und muß jedem Menschen klar ins Bewußtsein bringen, daß die durch den „Vorwärts“ verbreiteten Lügen gegen unsere parlamentarische Vertretung aus schmutzigen Fingern gejoget, eine entsprechende Zurückweisung herausforderten.

Als die Beratung des Schutzgesetzes unmitttelbar bevorstand, wandten sich die Vertreter des Klubs der Abgeordneten der kommunistischen Partei wiederholt an Funktionäre unseres Klubs mit dem Ersuchen, dahin zu wirken, daß ein einheitliches Vorgehen aller oppositionellen Parteien des Abgeordnetenhauses im Abwehrkampf gegen das Schutzgesetz zustande kommt. Dieser kommunistischen Anregung folgend, fand vor der Beratung des Schutzgesetzes im Verfassungsausschuß, im Lokal der deutschdemokratischen Freiheitspartei, eine Sitzung von Vertretern aller deutschen Parteien, die den früheren deutschen parlamentarischen Verband bildeten, unseres Klubs und der Kommunisten (Kreibich, Schmeral, Burian) statt, in der in längerer Beratung vorläufig über die einheitliche Taktik der Opposition im Verfassungsausschuß beraten wurde und in der die Vertreter aller Parteien (also auch die Kommunisten) die Vorschläge für das einheitliche Vorgehen im Ausschuß zur Berichterstattung an die Klubs übernahmen. Ueber den Verlauf dieser Sitzung können die Vertreter unseres Klubs nicht berichten, weil sie sich zur Vertraulichkeit der Beratungen verpflichteten. Wenn alle Teilnehmer an dieser Sitzung, insbesondere Schmeral, Kreibich und Burian, unsere Genossen zur Veröffentlichung eines Sitzungsberichtes bevollmächtigen, werden die kommunistischen Arbeiter Ohren und Augen aufreißen, wenn sie erfahren, wie die Kommunisten in dieser Sitzung über die Kampfmittel dachten, die sie später anwenden. Doch damit müssen wir also warten, bis Schmeral, Kreibich und Burian uns auf diese präzise Frage eine ebenso unzweideutige Antwort gegeben haben.

Tatsache, die jedermann kennt und also genau nachprüfen kann, ist, daß als Ergebnis der vorerwähnten Beratung alle Parteien, die daran teilnahmen, also auch die Kommunisten, sich nur an der Generaldebatte im Verfassungsausschuß beteiligten, worauf alle Oppositionsparteien, einschließlich der Kommunisten, den Ausschuß verließen. Darüber schrieb der „Vorwärts“ am 25. Februar im Leitartikel:

In der Geschichte des tschechoslowakischen Parlaments konnte man schon mehrmals beobachten, daß die oppositionellen Parteien es abgelehnt haben, an den Beratungen irgendwelcher Gesetzentwürfe mitzuarbeiten. Aber noch nie hatte sich die politische Lage so scharf zugespitzt, als bei der gegenwärtigen Durchberatung des Regierungsentwurfes des Ausnahmengesetzes. Sämtliche Oppositionsparteien sind während der allgemeinen Debatte im Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Koalition unter keinen Umständen gewillt ist, an der unerhörten Regierungsvorlage wesentliche Änderungen vorzunehmen. Somit hielten es die oppositionellen Parteien für überflüssig, an den weiteren Beratungen teilzunehmen und verließen die Ausschußsitzung, um der Regierungskoalition die vollste Verantwortung

## Französischer Vandalismus.

Zurichtbare Verwüstungen im Volkshaus in Herne.

Berlin, 8. März. (Eigenbericht.) Bei der Besetzung des Volkshauses in Herne sind die Franzosen in unverantwortlicher Weise vorgegangen. Als sie Sonntag das Haus räumten, bot es eine einzige Stätte der Verwüstung dar. Das Inventar an Gläsern und Beleuchtungskörpern ist verschwunden, die Kulissen des Bühnenraumes sind verheizt worden, aus den Klappstühlen sind die Sitze herausgebrochen, die Gasöfen sind total ausgebrannt. Die Zähler für Gas und Elektrizität zeigen einen Verbrauch im Werte von acht Millionen Mark an. Die Aborte sind in ekelregendem Zustande. Das Volkshaus war nach der Revolution unter schweren Opfern erbaut worden und gehörte der „Vereinigten Sozialdemokratie“. Die Arbeiter von Herne sind über das vandalistische Vorgehen der Truppen äußerst erbittert.

### Der französische Vormarsch.

Mannheim, 8. März. (Wolff.) Die Franzosen haben gegen halb 3 Uhr nachmittags in einer Stärke von 120—130 Mann bei Rheinfähre den Rhein überschritten. Sie besetzten den Hafen von Rheinau, einer Vorstadt von Mannheim. Ueber die Besetzung Dortmunds melden die Blätter: Mit der Besetzung des Hauptbahnhofes Dortmund ist der wichtige Eisenbahnknotenpunkt, der für den Verkehr von und nach dem besetzten Deutschland noch in Frage kam, stillgelegt worden. Heute mittags sind die in Dortmund eingedrungenen französischen Truppen in der Richtung Scharnhorst wieder abgezogen. Nach der Vertreibung oder Festnahme der Dortmunder grünen Polizei ist die Stadt ohne jeglichen Schutz. — Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ ist gestern in Bochum eine Kompanie Marokkaner eingedrückt. Der Magistrat der Stadt Bochum, die nunmehr seit über einer Woche durch die Straßenabsperzung von der Außenwelt abgeschlossen ist, hat an den General gegen die Hungerblockade protestiert. Der Magistrat will sich ferner an den amerikanischen Botschafter in Berlin

mit einem Proteste wenden. — Der Bahnhof Langendreer ist im Laufe des gestrigen Tages von den Franzosen wieder geräumt worden. 4 Lokomotiven, 160 Kofe- und Kohlenwagen und über 50 leere Waggons wurden während der Besetzung als Beute abgefahren. Auch die Bahnhöfe Bochum-Nord, Weimar und Laer sind wieder geräumt worden. — Außer dem Nachrichtendienst haben die französischen Behörden neuerdings auch einen Funddienst eingerichtet. An den belebtesten Stellen der Stadt Essen sind große Tafeln aufgehängt oder Tafeln, wie sie in den Schulen gebräuchlich sind, aufgestellt worden, an denen in deutscher und französischer Sprache die neuesten Nachrichten veröffentlicht werden. — Gestern wurde der Bahnhof Dornap bei Elberfeld besetzt. In Wiesbaden wurden heute zwei sozialdemokratische Stadtverordnete und ein sozialdemokratischer Parteisekretär ausgewiesen. — Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte einen Landrat wegen Verstoßes gegen die Verordnungen der Rheinlandskommission zu fünf Jahren Gefängnis und 15 Millionen Mark Geldstrafe, und einen Postdirektor, der einen französischen Befehl nicht ausführte, zu einem Jahr Gefängnis.

## Die Pläne der Münchner Hochverräter.

Rege Beziehungen zum ehemaligen französischen Gesandten.

Berlin, 8. März. (Eigenbericht.) Die Münchener hochverräterischen Umtriebe scheinen einen ernsteren Charakter zu haben als man anfangs glaubte. Die Führer hatten rege Beziehungen zu dem früheren französischen Gesandten. Es bestand der Plan, Bayern mit Oesterreich zu einem katholischen Sonderstaat zu vereinen, der ein Gegengewicht gegen das protestantische Preußen bilden sollte. Obwohl die Franzosen kaum eine Monarchie wünschen dürften, steht fest, daß die Putschisten enge Beziehungen zum bayerischen Königshause haben. Auf größere Kreise scheint die Verschwörung nicht übergreifen zu haben. Rahr ist von seinem Posten als Präsident der vaterländischen Vereine zurückgetreten.

für das Zustandekommen dieses Schandgesetzes zu überlassen. Auch die Vertreter des kommunistischen Abgeordnetenklaubs entfernten sich aus der Sitzung und behielten sich vor, ihre Änderungs- und Ergänzungsanträge in der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses vorzubringen. Die slowakischen Autonomisten (Volkspartei) erklärten ebenfalls schriftlich ihr Einverständnis mit der Taktik der oppositionellen Parteien.

An einer anderen Stelle desselben Artikels heißt es weiter:

Gleich, nachdem die Opposition den Sitzungssaal des Verfassungsausschusses verlassen hatte, hat es sich gezeigt, wie recht unsere kommunistischen Abgeordneten getan haben, daß sie es abgelehnt hatten, an dieser traurigen Komödie weiter teilzunehmen. Denn die Koalition hat die Masse fallen lassen und enthüllt, warum sie früher die Ergänzungs- und Änderungsanträge nicht zur Abstimmung gelangen lassen wollte. Sie bildete nämlich aus dem Verfassungsausschuß heraus ein jedestündiges Konventikel, das sie beauftragt hat, die Anträge „durchzuarbeiten“. Die Koalition vertraut die ihr unliebsten Sachen sehr gerne geheimen fünf- oder höchstens zehngliedrigen Ausschüssen an, deren Verhandlungen protokollos gar nicht aufgenommen werden und die nur dazu dienen, um den „unerwünschten“ Anträgen ein unauffälliges Begräbnis dritter Klasse vorzubereiten!

Bis dorthin war also fastgerecht, wenn man die Ausdrucksweise des „Vorwärts“ gebrauchen will, eine „Einheitsfront“ bestehend aus allen deutschen und magyarischen Bürgern, der slowakischen Volkspartei, den deutschen Sozialdemokraten und den Kommunisten.

festzustellen, daß die „besseren“ Herren, unter ihnen z. B. Schmeral, Kreibich, Burian, sich nicht dazu herabließen, so wie das gewöhnliche Klubvolk, Pfeifeln und Glocken mitzubringen und damit zu lärmen, auch sonst versicherten sie es sich nicht mit dem mächtigen Kommandanten über die Parlamentspolizei am Präsidienstuhl, ließen es auf den Ausschluß aus der Sitzung nicht ankommen. Die tapferen Kommunisten schlugen auf die Pultdeckel, schrien und handhabten ihre Lärmwerkzeuge. Gewöhnlich stürmen bei aufgeregten Szenen die Abgeordneten aus ihren Bänken, was freilich stets Kaufhandel zur Folge hatte. Die „wütenden“ Kommunisten blieben hübsch vorsichtig und solid auf ihren Plätzen sitzen, damit sie nicht allzuviel riskieren. Ein ausgeglichener kommunistischer Abgeordneter entfernte sich in Begleitung eines Parlamentswachmannes friedlich und freundlich. Sehr gestützt, wohl stillisiert, wie vom besten Kinooperateur vorbereitet, vollzog sich der größte Teil des „Kampfes“. Wohl hatten etwa fünf Kommunisten sich gewehrt, drei wurden aus dem Saale teils getragen, teils geschleift — das bleibt eine Schande des tschechoslowakischen Parlamentarismus! Imposant war dann der Marsch und kurz darauf — da das Parlament geschändet war — wieder der korporative Einzug der Kommunisten, um die für die Koalitionsparteien so notwendige „sachliche“ Mitarbeit an dem famosen Schutzgesetz eine zeitlang zu leisten. Schließlich waren sie nach längerem Hin- und Herpazieren zu demselben Ergebnis gekommen, wie die deutschen Sozialdemokraten, nämlich sich aus dem Saale zu entfernen. Abg. SelaL erklärte, nach dem Bericht des „Vorwärts“, die Kommunisten werden nur der Gewalt weichen. Seit wann sind die Kommunisten, die drei Jahre lang nur die Gewalt als den Befreier des Proletariats gepredigt hatten, zu dieser Erkenntnis gelangt? Genau so lange als für sie die „Schwaghude“ zum einzigen Schauplatz revolutionärer Kämpfe geworden ist.

Die Kommunisten haben wieder die Front gewechselt. Statt gegen die reaktionäre Regierung und ihre Gewalttaten ziehen sie jetzt tapfer — gegen die deutsche Sozialdemokratie los. Ihre einzige Waffe, die sie verwenden, ist die — Verleumdung. Für die blamierten Abgeordneten springt jetzt der „Vorwärts“ in die Bresche, der die Verneintheit bezieht, sich als Wortführer des revolutionären Proletariats aufzuspielen. Von den tschechischen Kommunisten wollen wir jetzt, in diesem engen Zusammenhang nicht reden, wer aber, so genau wie wir, die Leute kennt, die den „Vorwärts“ zusammenschmierern, der kann ob der Behauptung des „Vorwärts“, die deutschen Sozialdemokraten hätten eine „würdige Opposition“ gegen das Schutzgesetz gemacht, weil es sich „ohnehin nur gegen das revolutionäre Proletariat richtet“, nur sagen: Das ist eine Lumperei. Der „Vorwärts“ behauptet, es ist ihm nicht bekannt, welche Zusagen unsere Partei für ihr Verhalten von der Koalition erhalten hat. Ist das nicht die Methode schmutziger Verleumdung?

Wenn schließlich der „Vorwärts“ meint, die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten wollten zeigen, daß sie mit den Kommunisten „nichts gemein“ haben, sich mit ihnen nicht „beflecken“ wollen, so antwortet wird darauf: die politischen Verhältnisse brachten bisher unsere Partei im Parlamente, in der Opposition, oft und oft neben die Kommunisten und andere Gruppen. So wird es wohl auch in Zukunft sein. Doch diese politische Notwendigkeit wird und muß weiter fortbestehen, der parlamentarische Betrieb bringt es selbstverständlich mit sich, daß Abgeordnete verschiedener Parteien miteinander verhandeln müssen. Kommunistische Abgeordnete haben aus rein persönlichen und menschlichen Gründen nicht den traurigen Mut, solche niederträchtige Verleumdungen vorzubringen, die in die Welt zu setzen die Aufgabe der Redaktion des „Vorwärts“ zu sein scheint, der wir hiermit die verdiente Antwort gegeben haben, ohne uns mit ihr zu „beflecken“.

Worum bestanden nun die Heldentaten der kommunistischen Abgeordneten? Zunächst ist

### Zerstörer Imperialismus.

Die Franzosen und die Belgier haben mit der Besetzung des Ruhrgebietes beabsichtigt, Deutschlands Wirtschaft einen so schweren Schlag zuzufügen, daß Deutschland jede von Frankreich aufgestellte Bedingung annimmt. Der Fortgang der Ereignisse zeigt wohl, daß Deutschlands Wirtschaft schwer geschädigt ist, daß Deutschlands Staatsfinanzen dadurch aus dem Gleichgewicht gebracht werden, daß die deutsche Mark in ungeahnte Tiefen herabzusinken droht, aber gleichzeitig wird auch erwiesen, daß man die Wirtschaft eines anderen Landes nicht schädigen, ohne seine eigene Wirtschaft zu schädigen, daß die Volkswirtschaft der verschiedenen europäischen Länder innig miteinander zusammenhängt und sich eine Störung des Blutkreislaufes im Wirtschaftsleben eines Staates sofort auch in dem Wirtschaftsorganismus des anderen Staates fühlbar macht.

Während Frankreich früher zwei Millionen Tonnen Kohle aus Deutschland monatlich bezog, wovon einen großen Teil die Koksieferwerke bildeten, die Frankreich zum Betriebe seiner Erzhitzen braucht, fehlt der französischen Huttenindustrie nunmehr der deutsche Koks. Im Laufe des Monats Jänner wurden in Frankreich wegen Koksmanget 26 Hochöfen ausgeblasen. Die Koksenerzeugung in Frankreich betrug im Jänner um 27.078 Tonnen weniger als im Dezember 1922, die Stahlerzeugung um 6896 Tonnen weniger. Infolge des Ausbleibens der deutschen Kohlenlieferungen stieg der Preis der Kohle von 95 Francs im Dezember Anfang März auf 198 Francs, also auf das Doppelte. Dieser Produktionsrückgang macht sich natürlich auch auf dem Arbeitsmarkt geltend, der gegenwärtig ein langsames Ansteigen der Arbeitslosigkeit aufweist. Die Besserung der Konjunktur, die sich auch in Frankreich Ende 1922 bemerkbar machte, ist durch das Ruhrabenteuer unterbrochen worden. Insbesondere schwerer leidet die lothringische Industrie unter den so entstandenen Schwierigkeiten und die dortigen Fabrikanten waren bereits bei Voivreard, um Hilfe zu suchen.

Ebenso schwer ist das Wirtschaftsleben Belgiens betroffen. In der belgischen Eisenindustrie macht sich das Ausbleiben von deutschem Koks und deutscher Kohle stark bemerkbar. Die großen Stahlwerke in Thy-le-Chateau haben die Abnehmer benachrichtigt, daß sie in Anbetracht der durch die Ruhraktion eingetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die Ausführung der angenommenen Aufträge eine Garantie nicht übernehmen können. In den Holzwerken, die Stabeisen herstellen, werden Bestellungen nicht mehr entgegengenommen, da die Rohstoffe, die diese Werke aus Luxemburg bezogen, ausbleiben. Die große Glasfabrik in Province-Comte hat infolge Koksmanget ihren Betrieb geschlossen, weil sie aus Deutschland keine Kohlen bekommen und die englische Kohle noch nicht eingetroffen ist. Ebenso wird in Luzemburg, das mit Belgien durch eine Zollunion verbunden ist, ein Hochföfen nach dem anderen ausgeblasen.

Aber auch die neutralen Staaten leiden schwer unter den Folgen des französischen Vorstoßes ins Ruhrgebiet. In Dänemark ist der Gesamtwert der Preise vom Jänner, da er 192 betrug, auf 192 im Jänner gestiegen, was die höchste Jandziffer seit Oktober 1921 darstellt. Das Steigen des Janders wird hauptsächlich auf das Steigen der Kohlen- und Eisenpreise zurückgeführt, was eine Folge der Ruhrbesetzung ist. Auch in der Schweiz sind die Kohlenverpreise gestiegen, weil die Kohlenversorgung des Landes bedroht ist. Die schweizerischen Maschinenindustriellen beklagen sich darüber, daß sie keine Kohlenstoffe und Halbfabrikate bekommen und daß deshalb große öffentliche Arbeiten stillgelegt werden müssen. Gleich Frankreich droht der Schweiz aus der Ruhraktion steigende Arbeitslosigkeit.

Von den furchtbaren Folgen, die die Ruhrbesetzung für Deutschland darstellt, brauchen wir nicht ausführlich zu sprechen. Deutschland muß darauf verzichten, den größten Teil der Kohlen, die es zur Fortführung seiner Industriebedürfnisse braucht, im Inland aufzutreiben und ist auf den Kohlenbezug aus dem Ausland angewiesen. Die Förderung im Ruhrgebiet selbst, die im Jänner 1922 12.160.000 Tonnen betragen hat, ist im Jänner 1923 auf 1.730.000 Tonnen gesunken! Die ausländische Kohle muß Deutschland in fremder Valuta bezahlen, wodurch die deutsche Mark in ihrem Werte bedroht ist, die ganzen Steuern des Ruhrgebietes entziehen der deutschen Finanzverwaltung, furchtbare Teuerung und Arbeitslosigkeit laftet auf der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands.

So sind die wirtschaftlichen Folgen der Ruhrbesetzung eine katastrophale Schädigung der europäischen Wirtschaft. Nach dem großen Zerstörungswerk, das der Weltkrieg an der Weltwirtschaft vollzogen hat, wird dem geschwächten europäischen Wirtschaftskörper neues Blut entzogen. Wenn sich die an dem Ruhrkonflikt beteiligten Staaten, sowohl Frankreich und Belgien als auch Deutschland wirtschaftlich nicht zugrunde richten wollen, dann bleibt kein anderer Ausweg als zu Verhandlungen zu schreiten. Diese Verhandlungsleiterschaft ist unschwer nur bei den sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Frankreichs, Englands und Belgiens vorhanden. Je früher die Regelung der gegen einander einen Wirtschaftskrieg führenden Staaten sich zu der Erkenntnis durchdringen, daß die Frage der Reparationen nicht mit Gewalt, sondern einbernehmlich geregelt werden kann, desto geringer werden die Zerstörungen sein, die jeder Staat an seiner eigenen Wirtschaft anrichtet. Die wirtschaftliche Lebensnotwendigkeit sowohl

Deutschlands als auch Frankreichs wird sich gegenüber dem Säckelrasen der französischen Imperialisten und dem Revanchegedächtnis deutscher Saftentwässer durchsetzen. Den Weg zur Verständigung muß Deutschland bereiten dadurch, daß es sagt, wie es das Reparationsproblem zu lösen gewillt ist und Frankreich muß sagen, was es aufgrund der Wirtschaftslage Deutschlands verlangt und verlangen kann.

### Abgeordnetenhaus.

Die Reklame hat es mit den Ausnahmestimmen sehr eilig gehabt: sie haben die letzte Beratung entgegen der ursprünglichen Absicht so ausgedehnt, daß in derselben Sitzung, in der die Debatte über die einschneidenden Vorlagen begann, auch schon abgestimmt wurde. Die Reklamagenerale hatten Angst, es könnte das Beispiel Verbensky Schule machen, denn die Unzufriedenheit mit der Oligarchenherrschafft in der Koalition ist auch in anderen Parteien sehr groß. In der gestrigen Sitzung wurde die Vorlage über den „Schutz“ der Republik und über den Staatsgerichtshof in zweiter Lesung von 108 Koalitionsabgeordneten (einschließlich der fünf Minister) angenommen und damit vom Abgeordnetenhaus verabschiedet. Die Parlamentswoche kann nunmehr in den Senat überhiedeln.

195. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten. Die Abgeordneten sämtlicher oppositioneller Parteien sind abwesend. Der Präsident verliest eine Zuschrift des Klubs der tschechischen nationalsozialistischen Abgeordneten des Inhalts, daß die Abgeordneten Bartosel, Draxl, Vanda-Sich und Dr. Brdzensky aufhören, Mitglieder des Klubs zu sein.

In zweiter Lesung werden die Gesetzesvorlagen über den Schutz der Republik und den Staatsgerichtshof angenommen. Sodann wird die Vorlage, mit der das Gesetz vom 19. März über die Verfolgung der geheimen Ausfuhr von Bedarfsgegenständen ins Ausland aufgehoben

wird, in Verhandlung gezogen. Der Berichterstatter des Ernährungsausschusses Botruba und der Berichterstatter des verfassungsmäßigen Ausschusses Abgeordneter Dr. Medvedsky erklären, daß Waren aller Art in genügender Menge vorhanden sind und daß daher zur völligen Aufhebung des Gesetzes geschritten werden kann. Die Vorlage wird in erster Lesung debattelos genehmigt.

Der Vorsitzende Tomasek erklärt, daß es nötig ist, eine neue Sitzung einzuberufen, um das Telegraphengesetz auf die Tagesordnung setzen zu können. Es erübrigt sich so die Abhaltung der Samstag- und die morgige Sitzung

werde die letzte der Session sein. Schluß der Sitzung um 10 Uhr 45 Minuten.

196. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 55 Minuten vor-mittags. Im Beratungssaal finden sich die Abgeordneten sämtlicher deutscher Parteien und der slowakischen Volkspartei ein.

Zunächst wird das Gesetz über die Änderung der Konkurs- und Ausgleichsordnung

in Beratung gezogen. Der Berichterstatter des Gewerbausschusses Abgeordneter Bersch erklärt, daß das bisher geltende Gesetz vor dem Kriege eine Erleichterung für Geschäftsleute, die ohne eigene Schuld das finanzielle Gleichgewicht verlor, bedeutet habe. Nach dem Kriege aber wurde das Gesetz zu Spekulationszwecken ausgenutzt. Durch das neue Gesetz wird den spekulativen Versuchen entgegengetreten, da der Ausgleichsbetrag von den bisherigen 25% auf 35% der Forderungen erhöht wird. Der Berichterstatter des verfassungsmäßigen Ausschusses Dr. Matoušek schlägt sich diesen Ausführungen an, worauf die Vorlage in erster Lesung unverändert angenommen wird.

Das Haus behandelt sodann den Regierungsantrag durch den der Nationalversammlung die Protokolle über die Änderungen des Völkervertrages, die in Genf am 5. Oktober 1921 beschloffen wurden, zur Genehmigung vorgelegt werden. Dieser Antrag, sowie das Gesetz, durch welches die Regierung ermächtigt wird, bei wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen im Sinne des Artikels 16 des Völkervertrages den Verordnungswege zu gebrauchen, wird von der Koalition nach Erstattung der Berichte debattelos genehmigt.

Zum Schluß wird der Regierungsantrag über den Vertrag über die gegenseitige Rechtshilfe der Tschechoslowakei und Deutschlands

in Beratung gezogen. Der Berichterstatter des Außen-ausschusses Abgeordneter Dr. Hudec führt an, daß dieser Vertrag nur die Fortsetzung der Regelung der gegenseitigen Rechtsverhältnisse beider Staaten bedeute. Er begründet die Notwendigkeit des Gesetzes mit Rücksicht auf die bedeutende Anzahl der Gesuche beider Staaten um Auslieferung von Verbrechern und macht darauf aufmerksam, daß sich der Vertrag bloß auf Verbrechen und Vergehen bezieht. Straftaten politischer Natur und solche, die bloß von militärischen Strafgesetzbüchern verfolgt werden, sind aus dem vorliegenden Vertrag ausgenommen. Nach Annahme auch dieses Vertrages wird die Verhandlung der Tagesordnung unterbrochen. Schluß der Sitzung um 11 Uhr 45 Minuten.

Auf der Tagesordnung der nächsten, heute Freitag um 1/2 10 Uhr vormittags stattfindenden Sitzung befinden sich die zweiten Lesungen der in der gestrigen Sitzung angenommenen Vorlagen, das Telegraphengesetz und der Antrag des Abgeordneten Rierhut auf Errichtung eines Ausschusses für Bodenreform.

### Die tschechisch-sozialistische Partei gespalten.

#### Ausschluß der Opposition.

Gestern nachmittags um drei Uhr trat der Vollzugsausschuß der tschechischen nationalsozialistischen Partei zusammen, um sich mit dem Vollzugsausschuß zu beschäftigen. Der Vollzugsausschuß nahm einen Antrag des Klubobmannes Slavicek mit 25 : 5 Stimmen, demzufolge die vier oppositionellen Abgeordneten aus der Partei ausgeschlossen wurden, an. Ueber die Ausschließung jedes Abgeordneten wurde einzeln abgestimmt. Nach der Abstimmung erklärten die Redakteure Borek und Dauba, weiteils der Vollzugsausschussesmitglieder Jug. Stych und Frau Erdlicka, daß sie sich mit den Ausgeschlossenen solidarisch erklären. Redakteur Dauba drohte hierbei mit der Sammlung von Material und Skandalösen Enthüllungen über die Parteigrößen. Der Vollzugsausschuß schloß daher auch diese vier ohne Debatte aus.

Beachtenswert ist es, daß bei der Ausschließung der vier Abgeordneten aus dem Klub die Abg. Patejdl und David gegen die Ausschließung stimmten und der Abg. Hrusovsky nicht abwesend war. Gegenüber der Meldung der „Tribuna“, die davon gesprochen hatte, daß hinter Verbensky 70 Organisationen des Buweiser Gebietes und ein Teil der mährischen und schlesischen Partei stehe, wird von tschechisch-nationalsozialistischer Seite erklärt, daß dies nicht der Wahrheit entspreche und daß auch die sogenannten „linken“ Organisationen das Vorzeichen Verbensky mißbilligten. Tatsache aber hingegen ist, daß sich z. B. eine Sonntag in Dux abgehaltene Konferenz der nationalsozialistischen Partei für die Politik Verbensky entschied. Hiezu wird berichtet, daß die Partei eine Desavouierung eines Beschlusses herbeizuführen versuchen werde. Weiter steht die Führung der tschechischen nationalsozialistischen Partei auf dem Standpunkte, daß sich die vier Abgeordneten dadurch, daß sie ohne Zustimmung des Klubpräsidenten bei anderen Klubs für ihre Anträge Unterschriften gesammelt haben, einer unehrenhaften Handlungsweise schuldig gemacht hätten; daher müßte die Partei die Klage beim Wahlgerichtshof auf Anerkennung der Mandate überreichen.

Die nationalsozialistischen jugendlichen Organisations haben gestern eine Kundgebung beschloffen, in der sie die überstürzte Tat der vier Abgeor-

neten bedauern und beurteilen, da diese den Sozialismus geschädigt hätten. Die Jugend werde der alten Partei treu bleiben und in dieser ihren sozialistischen Standpunkt verteidigen, um die Hoffnungen des Proletariats auf eine Aenderung der Gesellschaftsordnung zu erfüllen. Am Schluß der Kundgebung heißt es: „Wir wollen, daß unsere Partei eine konsequente, sozialistische Politik verfolgt.“

Das „Ceske Slovo“ veröffentlicht eine ganze Reihe von Kundgebungen der Parteiorganisationen, die sich natürlich alle gegen Dr. Verbensky richten. Kennzeichnend ist, daß unter diesen zustimmenden Kundgebungen die einiger der größeren Gewerkschaftsorganisationen der Nationalsozialisten fehlen.

Senator Kofas erklärte, daß sich die Partei nicht von der Landa-Sich terrorisieren lasse. Diejenigen aber, die ihr zum Intention auf die Partei die Hand gereicht hätten, sollten sich heute wenigstens so verhalten, wie Masaryk im Jahre 1893, welcher, als er sich mit der jugoslawischen Führung der Wiener Parlamente nicht einigen konnte, einfach das Mandat niederlegte. Es ist eine traurige Erscheinung, daß die Abgeordneten der Gruppe Verbensky, unter denen sich Dr. Bartosel nur durch Zufall befindet, seine Partei verlasser. Diese würde aber auch ohne die vier Abgeordneten für das Wohl der Republik und des arbeitenden Volkes weiter arbeiten.

Abg. Hudec schreibt im „28. Lijen“ u. a.: Die vier Abgeordneten haben durch ihr radikales Auftreten und andererseits durch die unentschiedene Haltung der bisherigen Parteipräsidenten einen entscheidenden Einspruch erlangt und die Partei in eine Politik zu drängen versucht, die den alten Nationalsozialisten unangenehm zu werden begann. Abg. Hudec sagt, daß die taktische Position dieser Dissidenten sehr gut sei. Die Linke sei mit Forderungen aufgetreten, die auch den rechtsgerichteten Parteimännern unpopulär sein könnten. Dr. Bartosel habe ausdrücklich erklärt, die Kundgebung bedeute keineswegs eine Opposition gegen die Staatsnotwendigkeiten, die Opposition sei nur gegen die Methoden aufgetreten, durch die ein Abgeordneter der Regierungsmehrheit zum Stimmautomaten erniedrigt werde.

Gegen den Geist und die ausdrückliche Gesetzbestimmung (der Abgeordnete darf nach der Verfassung keine Anweisungen erhalten) sei es einem Abgeordneten der Mehrheit verboten, Abänderungsanträge im Parlamente zu überreichen. Das Vorgehen der vier Abgeordneten werde allgemein (hypothetisch) berühren und von vielen Seiten wurde auch das vermerkt.

### Inland.

#### Schimpfen und verleumben. Die alte Taktik der Kommunisten.

Mit der täglichen Beschimpfung, mit täglich wiederholten, bewußten Verleumdungen der Sozialdemokraten haben die Kommunisten vor bald drei Jahren ihre politische Laufbahn begonnen. Es steht noch gut in unserer Erinnerung, wie die Vertrauensmänner der deutschen Sozialdemokratie nach der Spaltung der Partei durch die Kommunisten von diesen als „Verräter“ beschimpft und als die gefährlichsten „Kopfschmeißer der Bourgeoisie“ verleumdet wurden. Das ging so ein Jahr, vielleicht auch etwas darüber. Inzwischen waren sich die kommunistischen Arbeiter zum großen Teile darüber klar geworden, daß die Versprechungen ihrer Führer, die ihnen da Tag für Tag Weltrevolution, Diktatur, Arbeiterregierung usw. immer schon für den kommenden Morgen versprochen hatten, eitel Demagogie gewesen waren, und daß die Beschimpfungen und Verleumdungen der sozialdemokratischen Vertrauensmänner nur der Hölle hätten sein sollen, mit welchem man unzufriedene, weil ungebildete Arbeiter, jagen wollte. Die Erkenntnis der kommunistischen Politik der Demagogie und Lüge brachte die Köpfe der irreführten Arbeiter immer mehr zur Ernüchterung und in breiten Scharen verließen sie diese Partei, um sich entweder wieder in ihr altes sozialdemokratisches Lager zu gesellen oder um — und selber waren deren viele — angeekelt von der politischen Kampfweise der Kommunisten, der Politik überhaupt den Rücken zu kehren. Der Rest, der bei den Kommunisten verblieb — wir sprechen hier vorwiegend von den deutschen Kommunisten — wurde durch täglich neue Parolen in dem Glauben erhalten, daß ihre Partei dennoch eine Tagesberechtigung, einen Weg und ein Ziel habe. Da aber mit Aufzucken und Parolen, mit unglücklichen Aktionen und opherreichen, erfolglosen Ruffischen Massenbewegungen Arbeiter nicht zufriedengestellt, viel weniger neue Anhänger gewonnen werden können, müssen die Kommunisten jetzt, wo sie gesumpfen sind, Schritt für Schritt wieder in den Bahnen der sozialdemokratischen Politik und Taktik zu marschieren, ihre besondere „Bedeutung“ den Arbeitern vorzugucken versuchen. Darum der „revolutionäre Plan“, mit dem sie in der Parlamentskammer am Dienstag die Pultdeckel zerhackten, darum ihr plöblischer Entschluß, von der Taktik der deutschen Sozialdemokraten, die in dieser Frage bis zu diesem Augenblick gerichtet hatten, abzuweichen. Sie sind davon abgewichen, nicht etwa, weil sie sich von diesem „schärfere“ Kampfs gegen das Schutzgesetz einen größeren Erfolg versprochen, sondern weil sie das Schutzgesetz dazu benutzen wollten, über die deutschen Sozialdemokraten herzufallen, sie wiederum zu beschimpfen und zu verleumben. Gleich am ersten Tage nach der Annahme des Schutzgesetzes leistete sich der Reichsberger „Vorwärts“ die unerhörte Anspielung, die deutschen Sozialdemokraten hätten für ihr Verhalten von der Koalition Zusagen erhalten.“ Mit dieser Lüge hat sich der „Vorwärts“ auf das Niveau des kuffigen Lumpenblattes, der „Internationalen“, hinabbegeben, das vor einigen Monaten eine ähnliche niederrichtige Verächtlichmachung unserer Partei zu einer Tatsache umlog. Und nun verleumdet der „Vorwärts“, der sich in diesem Fahrwasser wohl zu fügen scheint, kühn weiter. Die deutschen Sozialdemokraten „packen mit ihnen“ (nämlich mit den Koalitionsparteien), schreibt er in seiner gestrigen Nummer, in der der „Sozialdemokrat“ als „Verräterblatt“ und „die schimpfliche Haltung der deutschen nationalen Sozialdemokraten“ der „Verachtung“ der Arbeiterschaft preisgegeben werden soll. Wir geben die Verdächtigungen und Beschimpfungen unserer Partei durch die Kommunisten — welche unsere alten, vordiehligen Vertrauensmänner, die Genossen Dr. Czoch und Hillebrand als „Purtscher“ bezeichnen! — nur deshalb wieder, um den Arbeitern zu zeigen, daß die Kampfesweise der Kommunisten sich im Laufe der Jahre nicht um ein Nota geändert hat, daß sie vielmehr den Kampf gegen uns, der ja der Hauptzweck dieser Partei ist, immer gleich niedrig führen. Daraus ergibt sich, daß es einer anständigen Partei einfach unmöglich ist, mit dieser Vereinigung von Verleumbden und Schimpfzöden auch nur vorübergehend, sei es auch nur in der geringfügigsten taktischen Frage, zusammenzugeben. Von irgend einer Einheitsfront mit ihnen kann nicht die Rede sein, solange sie die Taktik des Schimpfens und Verleumbdens nicht gänzlich aufgeben und eine ehrliche Politik betreiben wollen.

#### Kommunistenjaag in Belgien.

Brüssel, 8. März. (Havas.) Anlässlich der Untersuchung des kürzlichen Metallarbeiterstreiks in Borinage wurde festgestellt, daß es sich für alle um eine Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates handle. Gegen 40 Kommunisten, welche von Berlin und Moskau unterstützt worden sind, wurden in Brüssel, Antwerpen, Lüttich, Charleroi und Gent verhaftet.

### Mitglied der Saarregierung und Verbrecher.

Nach dem Friedensdiktate von Versailles befiht das Saargebiet eine durch den Völkerverbund eingesezte Saarregierung, in der sich auch ein Vertreter der Saarbevölkerung befindet. Als solcher fungierte bisher Dr. Hector, den der Völkerverbund über Vertreten Frankreichs als mündig befunden hatte, die Interessen der einer Fremdherrschaft unterworfenen, kulturell höchstehenden Bewohner des Saargebietes zu vertreten. Der Völkerverbund hat es allerdings unterlassen, diese Bevölkerung zu befragen, ob sie ihrem Vertreter auch das Vertrauen schenke; der Wunsch Frankreichs genügte und Dr. Hector wurde Regierungsmitglied.

Der Völkerverbund ist nur durch das Verfaunen der Volksbefragung in eine sehr peinliche Lage versetzt worden. Dr. Hector, der Liebling Frankreichs, wurde nämlich als Schwindler, Dokumentenfälscher und Landesverräter entlarvt. Er, der bis zum Jahre 1918 ein ganz unbedeutender Arzt in Saarlouis gewesen war, verstand es nach dem Einmarsch der Franzosen, sich bei den französischen Militärbehörden beliebt zu machen und so den Bürgermeisterposten seines Ortes an sich zu reißen. Zwar entledigte sich die Bevölkerung in der Folgezeit des „tüchtigen“ Bürgermeisters, doch dieser hatte sich bereits so tatkräftig in franzosenfreundlichem Sinne betätigt, daß seine französischen Freunde ihn im Jahre 1920 dem Völkerverbund als saarländisches Regierungsmitglied vorschlugen. Die Bevölkerung wurde überhaupt nicht befragt.

Der Landesrat, der man der Saarbevölkerung endlich als Vertretungsorgan zugestehen mußte, legte, kaum das er ins Leben getreten war, im letzten Herbst, als es um die Mandatsverlängerung des Dr. Hector ging, gegen eine solche energische Protest ein. 16 von 30 Landesratsabgeordneten sprachen sich dahin aus, daß Dr. Hector das Vertrauen der Saarbevölkerung nicht besitzt. In der Eingabe, die diesen Protest begleitete, wurde Dr. Hector als Dokumentenfälscher bezeichnet und die Landesratsmitglieder erboten sich, den Beweis dafür zu erbringen, daß Dr. Hector eine Petition der Stadt Saarlouis, die in deutscher Sprache verfaßt war und die Stationierung von Saarbehörden in der Stadt ersuchte, vollständig umgeändert, eine Loyalitätskundgebung für Frankreich eingeschmuggelt und diese eigenmächtig ins Französische übertragene Eingabe nicht an die Saarregierung, sondern direkt an Clemenceau nach Paris eingeschickt hatte. Trotz des Protestes und der Eingabe wurde Dr. Hector vom Völkerverbund neuerdings bestätigt. Immerhin gab man Herrn Dr. Hector in Genuß zu verstehen, daß seine Reinwaschung vor Gericht notwendig sei. Dr. Hector mußte nun notens notens etwas unternehmen und so legte er — nicht vielleicht die Fraktionen des Landesrates, die ihn beschuldigt hatten, sondern den demokratischen Redakteur Franke.

Der Prozeß, der nun in Saarbrücken seinen Abschluß fand, zeitigte für Dr. Hector und den hinter ihm stehenden Völkerverbund eine furchtbare Niederlage. Nicht nur, daß der Beweis der Fälschung der Petition lückenlos erbracht wurde, machte sich Dr. Hector auch des Meineides schuldig. Es wurden nämlich aus dem Geheimarchiv der Stadt Saarlouis zwei hochverräterische Briefe zur Verfügung gestellt, die Dr. Hector an Clemenceau gerichtet hatte. Trotzdem nun Dr. Hector im ersten Teil der Verhandlung unter Eid das Vorhandensein dieser beiden Briefe geleugnet hatte, mußte er sich, als ihm die Kopien gezeigt wurden, als deren Verfasser bekennen, und es sich gleichzeitig gefallen lassen, daß ihn der Ver-

teidiger des Angeklagten Franke des Meineides bezichtigte. Alles rüdte von Dr. Hector ab, die Anwälte liehen ihn im Stich, nur der Völkerverbund hielt beinahe bis ans Ende zu ihm. Erst als das ganze Verrats- und Lügengewebe, auf dem die Existenz Dr. Hectors aufgebaut war, sich als völlig disamierend erwies, ließ er Dr. Hector fallen. Geschehen kann dem Liebling Clemenceaus allerdings wenig, da er vor dem Saarbrücker Gericht als Beauftragter des Völkerverbundes die

Wohltat der Exterritorialität in Anspruch nehmen kann. Aber als „saarländischer“ Regierungsvertreter ist er ein für allemal erledigt. Mit diesem Manne gleichzeitig gerichtet ist der Präsident der Saarregierung Kault, der Dr. Hector gelannt hat und um seine anrüchlichen Taten wußte, und nicht minder schwer kompromittiert ist der Völkerverbund, der einen Verbrecher gegen den Protest der Bevölkerung, nur auf Anraten Frankreichs, zu seinem Beauftragten ernannte.

## Angoras Bedingungen.

### Erfolg der Regierung über die Extremisten.

Angora, 8. März. (Havas.) Die Debatte in der großen Nationalversammlung endete Dienstag nachts. Die Nationalversammlung hat mit großer Stimmensmehrheit der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und sie ermächtigt, die Verhandlungen über den Orientfrieden auf folgenden Prinzipien fortzusetzen:

- 1) Aufhebung der die Finanzen und die Gerichtsbarkeit betreffenden Kapitulationen,
- 2) Vertagung der Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, sowie auch der Mossulfrage,
- 3) Ueberlassung von Karagatsch,
- 4) Annahme aller übrigen Bestimmungen des

Vertrages auf Grund der Regelung der türkischen Delegation,

1) Förderung von Reparationen zur Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete seitens Griechenlands.

Paris, 8. März. Die Agence Havas veröffentlicht folgende Mitteilung: Falls Angora annehmbare Gegenanträge überreichen wird, wird die französische Regierung, wie es scheint, bereit sein, sie aufmerksam zu prüfen. Falls die neuen Vorden die Alliierten eventuell die Friedensverhandlungen in Laufnahme oder anderswo wieder aufnehmen.

## Vertrauenskundgebung für Kemal Pascha.

Konstantinopel, 8. März. Aus Angora wird über die vertraulichen Verhandlungen der Nationalversammlung gemeldet, daß Mustafa Kemal Pascha vor Schluß der Debatte nochmals die äußere und die innere Lage darlegte und die Bemühungen der türkischen Delegation in Lausanne, im Rahmen des nationalen Paktes einen Frieden zu erreichen schilderte. Gleich darauf wurde von 150 Mitgliedern unterzeichnete Resolution eingebracht, in der gefordert wurde, daß die völlige Unabhängigkeit der Türkei in finanziellen, wirtschaftlichen und Verwaltungsfragen garan-

tiziert werde. Unter dieser Voraussetzung seien die Unterzeichneten der Ansicht, daß die Regierung den Friedensvertrag annehmen könnte. Mit starker Mehrheit wurde dann Schluß der Debatte und Vertrauenskundgebung für die Regierung beschlossen. Zu der Vertrauenskundgebung wurde die Regierung ermächtigt, die Friedensverhandlungen auf Grundlage der beschlossenen fünf Punkte fortzusetzen. Der Minister hat nach Abschluß der Verhandlungen der Nationalversammlung sofort mit der Aufstellung eines Entwurfes für den Friedensvertrag zu beginnen.

## Der Ruhrkonflikt.

### Der französische Wiederaufbauminister über die Ruhrbesetzung.

Berlin, 8. März. Die Wälder berichten nach der Agentur „Eit Europe“ über eine Rede Loucheurs bei der Jahresversammlung des englisch-amerikanischen Pressevereines in Paris. Loucheur erklärte, daß sich die jetzige Lage aus dem Grunde so zugespiht habe, weil die Postlitter immer glaubten, keine Wirtschaftler sein zu müssen und umgekehrt. Beides muß aber untrennbar verbunden sein, wenn der Friede in Europa wiederhergestellt werden soll. In bezug auf die Ruhr erklärte Loucheur, daß er gegen die Besetzung gewesen sei, weil er die gegenwärtige industrielle Lage voraussehen habe. Jetzt aber stehe Frankreich an der Ruhr und es müsse bis an die äußerste Grenze seiner Postill gehen. In zwei Monaten werde Deutschland um die Erfüllung von Verhandlungen ersuchen. Die Franzosen seien ein vernünftiges Volk und die Ruhr sei für sie kein Ziel, sondern ein Zweck. Frankreich verfolge keine politischen Ziele an der Ruhr. Man hat gesagt, daß Frankreich eine Hegemonie des Eisens anstrebe. Dies entspricht ebenfalls nicht der Ab-

sicht Frankreichs. Er sei überzeugt, daß das gegenwärtige Jahr in der Weltgeschichte als dasjenige bezeichnet werden wird, in welchem der Weltfriede wieder hergestellt worden sei.

### Poincarés Kampf gegen deutsche Kinder.

Berlin, 8. März. (Eigenbericht.) Die dänischen Arbeiter haben beschlossen, 2000 deutschen Kindern aus dem Ruhrgebiet für drei Monate Gastfreundschaft zu gewähren. Poincaré hat nach einer Meldung des sozialdemokratischen Parlamentarismus die dänische Regierung wissen lassen, daß er diese Hilfsaktion nicht gerade als ein Zeichen von Neutralität ansieht.

### Konferenz der Entente-Sozialisten in London.

London, 8. März. (Havas.) Die parlamentarische Gruppe der Arbeiterpartei beschloß, nach London nach vor dem Zusammenritt einer wichtigeren Konferenz, auf welcher die Arbeiterinitiativen und sozialistischen Organisationen sämtlicher Länder vertreten sein sollen, eine Vorkonferenz

den Schädling, den er so fürchtet, nicht richtig kennt, in unserem Falle nicht einmal einen wahren Begriff von dem Leben der Kleidermotte und ihrer Bedeutung für die Wirtschaft hat.

Es frage sich doch jeder, der diese Zeilen liest, nach. Wenn es hoch kommt, wird er sagen, die Kleidermotte ist ein kleiner Schmetterling. Das ist allerdings nicht schwer zu erraten, wenn man das kleine Ding aufsteht sieht. Und nur unsere Frauen werden aus den Erfahrungen ihres jhrlichen Kampfes noch einiges zu erzählen wissen von den „Wurmern“, die die eigentlichen Urheber aller „schädig“ gewordenen Wollfachen sind, von dem Flug der Schmetterlinge, der im Februar anhebt und im Mai seinen Höhepunkt erreicht, und vieles von ihren Erfahrungen über den Nutzen des „Einschlagens“ der zu schützenden Dinge in Zeitungspapier, des Naphthalins und der vielen gegen die Moiten angepriesenen Mittel. Dann reicht auch für sie der Faden ab. Und sie wissen nicht einmal genau, wie so ein Moitchen aussieht, sonst hätten sie nicht nach jedem armen Federling, dem sein Mißgeschick in eine Stube der Menschen verschlagen hat.

Und doch gebe es da Vieles und Wertwrdiges zu wissen, was aber ganz vergebens ist im Staub der Wissenschaften, trotzdem es ins helle, immer wieder erneute Leben gehört.

Genüß, die Motte, die unsere Wollfachen als ihr Eigentum betrachtet, ist ein Kleinschmetterling, eine Form mit dem hübschen Namen Tinea, aus einer Familie von 1500 verschiedenen Formen. Sie selbst wäre ganz gleichgültig für unser Wirtschaftsleben, wenn sie nicht etwa vierzehntägig sechzehnbeinigen Raupe das Leben schenken würde, die sich darauf versteht, Wolle, Federn, vor allem aber Wolle zu fressen und sich aus den Resten, welche sie übrigläßt, ein sehr wenig gefälliges Gesicht anzufertigen, aus dem wieder der Schmetterling aufersteht, der das Licht des Tages schaut (darum nutzt das Lüften und Sonnen der

Kleider) und nur im Dämmern oder im künstlichen Licht fliegt, das für ihn keines zu sein scheint. Denn er nimmt davon gar keine Notiz. Da alte Wort von der Motte, die ins Licht fliegt, paßt für die Kleidermotte am allerwenigsten; dagegen trifft es für die vielen reizenden, manchmal märchenhaft schönen, in Kupfer- und Goldfledern einherfliegenden Culexen und Spinnerchen zu. Aber die sind in der Naturgeschichte der „Gebildeten“ auch im großen und dunklen Sammelbegriff der „Netten“ untergebracht, wiewohl sie im Wesen und in der Lebensweise nichts mit ihnen zu schaffen haben.

Jetzt ist die Motte ein richtiges Zivilisationsgeschöpf, noch weit mehr ein „Hausier“ und Begleiter des Menschen wie die Fliege oder die Küchenschabe. Sie hat sogar „Kulturarten“ hervorgebracht, und es gibt eine Pelzmotte, die sich auf Wintermantel und Pelzwerk spezialisiert, eine Tapetierermotte, deren Raupe in den Postern und Sofas ihr Unwesen treiben, die eigentliche Kleidermotte, die der große Wolfseind ist, schließlich sogar eine Federmotte, die sich im besonderen an den Federbetten vergreift, wiewohl von diesen allen nur die Kleidermotte zu wirklicher Bedeutung gelangt ist.

Zu welcher, darüber geben neueste Untersuchungen von E. Litzsch a) einen wahrhaft erschreckenden genaueren Einblick. Um sie zu verstehen, muß man zunächst wissen, daß jede Mottenmutter nach ihrem, meist im dunklen Schrank abgehaltenen Hochzeitstisch hundert Eier legt, von denen sich, immerhin fünfzig wieder bis zur Fortpflanzung zu entwickeln pflegen.

Haben nun die Menschen einen Geburtenüberschuß des weiblichen Geschlechts, so sind die Motten umgekehrt in der von vielen Menschen beneideten Lage, überwiegend Söhne in die Welt zu schicken. Unter zehn Mottenkindern sind durchschnittlich sieben Knaben. Wäre dem nicht so, so wäre es wohl kaum möglich, Wollfachen aufzubeh-

einzuhalten, bei welcher die Vertreter der parlamentarischen sozialistischen Gruppen Frankreichs, Belgiens und Italiens sich einfinden würden, um über das Verhalten zu beraten, das der Verhältnissen im Ruhrgebiet und der Reparationsfrage gegenüber zu beobachten ist.

### Deutschlands Kohlenversorgung.

Berlin, 8. März. (Eigenbericht.) In Reichstag führte der Reichskohlenkommissar Stug heute aus, daß die Kohlenversorgung Deutschlands im allgemeinen gut sei und daß an der Kohle die Widerstandskraft Deutschlands nicht erlahmen werde. Dank den großen Mengen an Reparationskosten, die in den ersten Wochen der Ruhrbesetzung nicht nach Frankreich und Belgien sondern in das unbesetzte Deutschland gingen, sei dank der unerminderten Zufuhr ausländischer Kohle aus Schlesien und Böhmen, versägen sowohl die Eisenbahnen, Gasanstalten und Elektrizitätswerke als auch die Privatverbraucher in Industrie und Hausbrand über reichliche Bestände. Knapper sieht es mit Koks, aber auch hier könne durch Dinzunahme ausländischen Koks der Betrieb anrechterhalten werden.

### Cecil: „Bis hierher und nicht weiter!“

London, 7. März. (Wolff.) Lord Robert Cecil erklärte in einer Rede in Stevenage, es sei nunmehr für England die Zeit gekommen, um Frankreich zu sagen: Bis hierher und nicht weiter. Wir können es uns nicht leisten, ganz Europa in Verwirrung zu versetzen zu lassen. Wir sind für den Frieden und müßten Frieden haben. Lord Robert Cecil gab auch den Meinung Ausdruck, daß je früher man die gegenwärtigen Fragen an den Völkerverbund verweise, eine endgültige und befriedigende Lösung umso wahrscheinlicher sei.

### Ein Protest Hollands.

London, 7. März. (Eich. BB.) Der diplomatische Berichterhalter des „Daily Telegraph“ meldet, Holland habe bei der französischen Regierung Vorstellungen erheben lassen, bezügl. die Mischung in die Rheinschiffahrt in Folge der französisch-belgischen Blockade. Es wird für außerordentlich angesehen, daß die internationale Konvention bezügl. der Rheinschiffahrt vollkommen ignoriert worden seien.

### Ungehörige Forderungen an die Arbeitergeist.

Berlin, 8. März. (Wolff.) Wie aus Bochum berichtet wird, wird von französischer Seite an die Eisenbahner ein starker Druck ausgeübt, damit sie den Dienst unter französischer Kontrolle wieder aufnehmen. Den Eisenbahner ist von den Franzosen eine 48-stündige Frist gestellt worden. — Die Gewerkschaften lehnen in einem Aufrufe die von den Franzosen verlangte Auslieferung ihrer Mitgliederlisten und Statuten ab und fordern ihre Forderungen auf, den unberechtigten Anforderungen der Franzosen keine Folge zu leisten.

### Die Abschneidung des Ruhr- und Rheinlandes.

Düsseldorf, 8. März. (Havas.) Die Franzosen haben eine Reihe von Zollwachen errichtet, damit das System der Abschneidung des Ruhrgebietes an jene des Rheinlandes anschließt. Die Zolllinie von der holländischen Grenze bis zur Schweizer Grenze wird dann ein vollständige sein.

### Bochum, 8. März. (Wolff.) Im Bergischen

Land und weitere Strecken südlich Wipperfurth und Engelskirchen durch die Franzosen besetzt worden: Die Besatzung von Lünen ist drei Kilometer nordwestlich verlegt worden. In das neu besetzte Gebiet fallen die Schachtanlagen der Zeche Preußen I bis III.

## Tinea, der Kleiderfeind.

Von H. Franck.

„Eine Motte! Was sie doch tot.“ Unter diesem Scheldschrei werden alljährlich Millionen barantlos kleinschmetterlinge erhascht oder meistens auch nicht erhascht, denn kennzeichnenderweise fürchtet der Mensch nicht seine wahren Feinde, sondern die viel unschuldigeren Mitbewohner seines Heimes, die ihm Schäden in seinem Besitztum bereiten. Ein schrecklicher Feind des Menschengeschlechtes ist die Stubenfliege. Immer mehr verdichtet sich die Vermutung, die heute schon von vielen Naturforschern als Gewißheit ausgesprochen wird, daß es ohne Stubenfliege keine anselenden Krankeheiten geben würde. Sie ist der wahre Verschlepper der noch lebensfähigen Bazillen, ein rastloser tückischer Robold. Viele Menschen duden mit gutmütigen Lächeln eine „Winterfliege“ in ihrer Stube, schonen sie aus einer übel angebrachten Sentimentalität, ohne zu bedenken, daß sie damit die Stammutter ungezählter Schären am Leben erhalten, die den ganzen Sommer den Daul in Form von Ansteckungsübertragen abstrafen werden. Es hat sich neuererzeit ein Fall einwandfrei nachweisen lassen, daß durch Winterfliegen in einem Fremdenheim die Grippe längere Zeit zum besondern Uebel dieses Hauses wurde und mit ihrer Vertilgung verschwand.

Das alles weiß man aber nicht oder man denkt nicht daran. Dagegen ist jedem Kind die Kleidermotte als der vielleicht größte Schädling aus dem Reich der Fliegen im Heim des Menschen eingepflanzt. Aber vielleicht wären die Menschen nicht anders, selbst wenn ihnen die wahren Zusammenhänge bekannt wären, denn sieht man nicht allenthalben, wie Geld und Gut vor Gemeinheit und Leben geht? Und wieder ist es kennzeichnend für den Menschen von heute, daß er auch

wahren, denn der Lebenszyklus einer Motte währt nur 90 Tage, so daß sich die Angriffe der Käupchen auf unser Gut viermal im Jahre wiederholen.

Ein im Jänner zur Welt gekommenes Weibchen wird also im März von etwa fünfzig Nachkommen überlebt, unter denen nur an siebzehn Weibchen sind. Aber im Mai ist die Ahnenschar schon auf 280 Weibchen gewachsen, im Herbst auf nicht weniger denn 4660 und ein Jahr später knabbern im großen Wollmagazin der Menschheit von dieser einen Urstockmutter lustig an 233.000 Käupchen, vorausgesetzt daß wir untätig zusehen würden!

Titischal hat nun durch genaue Beobachtungen ermittelt, daß eine Raupe bis zu ihrer Verpuppung 45–99 Milligramm Wollstoff zerstört, woraus sich ergibt, daß die gesamte Nachkommenschaft einer einzigen Kleidermotte binnen einem Jahr rund 49 Kilogramm Wolle in Staub verwandelt!

Die kleine Tinea ist also ein nicht zu unterschätzender Feind des Menschen. Wie alles in der Natur, ist auch sie, schwach im einzelnen, durch das Gesetz ihrer Wiederholung, einer der mächtigsten Faktoren im großen Kreislauf, der nur bestehen kann aus Aufbau und Zerstörung. Uns mag es im engen Kreis unserer wirtschaftlichen Nöte unduldbar sein, mit einem solchen kleinen Tüder zusammen hausen zu sollen, und unsere Lebensnotwendigkeit gibt uns das Recht, den gefährlichen Kleiderfeind mit allen Mitteln zu vertilgen. Wäre er aber nicht, so wäre doch eine Lücke in der Gesamtstruktur, die Wolle, die kaum verwestlich ist, bliebe übrig und würde sich im Laufe der Zeiten bis zur Störung anhäufen; das kleine Tier, das sie in Stille und Dunkel jernagt, ist daher ein winziges, aber notwendiges Rad im ganzen Weltgetriebe, das dem All wiedergibt, was aus dem All gekommen ist.



Spezierung des „Arbeiterheimes“ in Altschönberg. Vor einigen Tagen haben wir unter dem Namen...

Der Beruf der Frau. Der tschechisch-slowakische Abgeordnete Samalik schreibt in der Frauenzeitung...

Die Untersuchung gegen Coupal ist noch nicht abgeschlossen. Der Untersuchungsrichter wartet noch...

Die tägliche Rubrik. Wie aus Brünn gemeldet, wurde das Todesurteil gegen Johann Janovsky und Josef Ruzar...

Sittlichkeitsverbrechen eines Meisters an seinem Lehrling. Der Lehrling Ad. Helatko aus Rakitz, der bei dem Maler- und Antstreichermeister...

Kleine Chronik.

Hedtyphus in Ungarn. In Komitot Hebes ist in vier Gemeinden unter den dort wohnenden Zigeunern...

Schreckensstat eines Familienvaters. Eine furchtbare Familientragödie ereignete sich in Münster in der Wohnung...

Seltener Doppeltraubmord. Wie aus Graz gemeldet wird, wurden am 4. d. M. im Rastauer Tal die zerstückelten Leichen zweier Männer aufgefunden...

Italiens Großstädte. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1921 gehört Italien zu denjenigen Ländern Europas, die die stärkste Bevölkerungszunahme aufweisen...

Londons Blumenbedarf. Die Seilly-Inseln, die im Atlantischen Ozean 40 Kilometer westlich vom Kap Landend gelegene Inselgruppe...

men auf den Londoner Markt geschickt haben. Und obwohl im vergangenen Herbst über 180 Tonnen Blumenwurzeln nach dem Mutterland...

Gerichtsjaal.

Obwohl er betrunken war!

Verurteilung wegen Billigung des Attentates gegen Dr. Kasin.

Prag, 8. März. Am 7. Jänner, zwei Tage nach dem Attentate gegen Dr. Kasin, fuhr um die achte Abendstunde der Hilfsarbeiter Johann Pejsa...

Horthy-Ausflug.

Wien, 8. März. (Eigenbericht.) Der Debrecziner Gerichtshof verurteilte heute den Redakteur der „Nikolker Morgenzeitung“ zu einem Monat Gefängnis...

Nachspiel zur Anwesenheit Ludendorffs in Klagenfurt.

Ein Klassenurteil.

Wien, 8. März. (Eigenbericht.) Das Bezirksgericht in Klagenfurt hat vorgestern gegen fünf Personen verhandelt, die angeklagt waren, anlässlich der Anwesenheit des Generals Ludendorff...

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Rechnungsabschluss für 1918-19.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses richtet vor Eingehen in die Tagesordnung Abg. Genosse Taub an den Vorsitzenden...

Am Schlusse der Sitzung verlas Abg. Gen. Taub darauf, daß in der vorletzten Sitzung des Hauses die Regierungsvorlage auf Errichtung des Staatsgerichtshofes angenommen worden ist...

Einigung im Österr. Revier. Wie die „Lidove Noviny“ melden, fanden Dienstag und Mittwoch im Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag Beratungen zwischen den Vertretern...

Herabsetzung der Tarife einzelner Waren-gattungen. Amtlich wird gemeldet: Laut Erlaß des Eisenbahnministeriums vom 22. Febr. 1921...

Der Held im Schatten.

Roman von Carl Bröger. (20)

„Ich lebe, obwohl besser für mich wäre, etwas anderes zu tun. Warum lebe ich? Weil du es zugelassen hast aus deiner unerforschlichen Gnade...“

er feins, Schulden gab es in der Kneipe nicht. Taler würde es wohl diese Nacht auch keine regnen, also, was anfingen? ... Einstweilen schlenderte Ernst langsam dem Bahnhof zu...

Ernst Löhner hemmte den Fuß und blieb gebannt vor dem Turm stehen. Ihm war, als reichte der starke Gefell eine Hand herüber und brummte: „Nur nicht gewankt! Solange du Grund unter den Beinen fühlst, wird gestanden!“

Ernst Löhner, ein Auserwählter in Geist und Gnade. Den Schritt an das Maß der Verse bindend, sprach Ernst erschütterter und wunderbar gefasst: „Du hast mich, o gewaltiger Gott, zu deinem Rüstzeug auserwählt!“

bringt im Bestreben, daß diese Verbilligung den...

Ein Komotauer Bauprojekt. In einer Komotauer...

verteilt werden. Für einen Wohnraum macht die...

Warenumsatzsteuer in Oesterreich. Auch in...

Reformen in der deutschen Finanzwirtschaft. Wie die Berliner...

Ruhrbelegung und Frankreichs Wirtschaft. Die französische Zeitung...

Sorgung mit Koks wird für unsere Hochöfen immer...

Krupp und die Petersburger Pulverwerke. Das Woffsbureau weiß zu melden: Die im...

Devisenkurse. Die tschechische Krone notiert in: Prag...

Table with exchange rates for various currencies: Gold, Ware, etc.

Table with exchange rates for Prague: Prager Kurze, Gold, Ware.

Turnen und Sport.

Eishockey. Die ersten Wettspiele in der Eishockey...

Süddeutschland gegen Oesterreich. Für das am 18. März...

OETKERS REZEPTBUCH T. Für jede Küche!! Oetkers Backpulver-Werke 104 Berlin.

Kunst und Wissen.

Winderheitsrecht und internationale Gerichtsbarkeit. Ueber dieses Thema sprach Mittwoch, den 7. d. M. im Spiegel...

tes. Voraussetzung einer wirksamen Rechtsprechung ist ein festes internationales Recht.

Neues Theater. Heute, Freitag, die erfolgreichen neuen Hindemith-Opern...

Kleine Bühne. Heute, Freitag, Vorstandsvorstellung...

Arbeitervorstellung. Gaspel Kubla, „Zigeunerbaron“...

Aus der Partei.

Die Kreisorganisation Eger hat mit 1. März 1923 ihr Parteisekretariat errichtet...

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Prag. Sonntag, 11. März...

licher Vortrag „Duer durch Alt-Prag“. Dr. Kamin Klein. Im kleinen Urania-Saal...

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die bedeutenden Grippe-Erkrankungen der Vorjahre sind in der letzten Zeit gewaltig gesunken...

Herausgeber: Dr. Ludwig Czach und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.

Wo verkehren wir?

Café Continental, 1068 Prag-Graben.

Goldenes Kreuzel, 1068 Prag-Melazanka.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smetchy 22 (Urania).

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.

Teplitz-Schönau. CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.

Vitello Delikatess. Diese Marke bürgt für beste Qualität.

Bio-Programm vom 9. bis 15. März.

Lido-Bio. Lustspiel: „Die verrückte Hochzeit“.

BIO SANSSOUCI. Premiere! Ausschließliches Vorführungsrecht für Prag.